

Frühe



Zeitung

15 Pfennig

Copyright

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wochenliche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang samstags (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage "Zeitspiegel". Sonntags Beilagen: "Musikblatt" — "Recht und Leben" — "Umschau in Technik und Wirtschaft" — "Für Reise und Wanderung" — "Literarische Umschau".

Wöchentlich 1,- Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Ausgabepreis in Goldmark, nach 30 Pfennig, Familien-Anzeigen nach Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Berlin. Ullsteinstr. 16 (am A. Handelsplatz). Carl-Milch, Verantw. Redakteur. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Foto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Am Dönhofs 360—366, für den Fernverkehr Am Dönhofs 368—369. Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Briands Londoner Reise

Sicherheitspakt und Schuldenfrage

Nachrichtenblatt der „Vossischen Zeitung“

Paris, 30. Juli

In französischen diplomatischen Kreisen besteht man, daß der Außenminister Briand die Ansicht habe, was möglich im Laufe des Monats August gleichzeitig mit dem Finanzminister Galliéni sich nach London zu begeben, doch wird, wie man hinzufügt, alles davon abhängen, welche Ansicht die englisch-französischen Finanzverhandlungen in London und die Verhandlungen über die Währungsfrage nehmen werden. Deshalb ist die Reise zunächst nur im Prinzip beschlossen und keinesfalls Datum festgesetzt worden. Die zukünftigen Stellen des Dual V'Dorlag unterziehen gegenwärtig das Aile Komité über die deutsche Note in der Währungsfrage eines eingehenden Prüfung. Diese Vorarbeiten werden die Grundlage des französischen Standpunktes darstellen, über den Briand, falls er nach London reisen sollte, persönlich mit Chamberlain verhandeln wird.

London, 30. Juli

In Kreisen politischen Kreisen wird der französische Vorschlag vorübergehend nicht angenommen, wonach Briand und Galliéni in der ersten Hälfte des August nach London kommen, um gemeinsam mit dem englischen Minister alle ausstehenden französisch-englischen Probleme, insbesondere die Sicherungsfrage und die Schuldenregelung, mündlich zu besprechen.

Heute verlautete, daß in der Erörterung der Schuldenfrage insofern ein Fortschritt erzielt sei, als nun erkennen von französischer Seite ein konkretes Angebot auf bestimmte Zahlungsbedingungen gemacht worden sei. Das französische Angebot, das, wie es die Engländer wünschen, kein Minimum vorsetzt, entspricht zwar noch nicht den englischen Ansprüchen, wird aber bei Auswegung neuer Erfolge versprechender Verhandlungen werden können.

Belgisch-englischer Notenwechsel

Nachrichtenblatt der „Vossischen Zeitung“

Paris, 30. Juli

Der „Temp“ meldet aus Brüssel offiziellen Kreisen, daß die belgische Regierung, die stets auf dem Zusammenhalten Belgiens über die Verhandlungen, die über den Sicherheitspakt zwischen Paris und London geführt werden, von dem englischen Außenminister Chamberlain eine solche Erklärung hat, in der die englische Regierung ihre Ansicht über die deutsche Antwort in der Sicherheitsfrage auseinandersetzt und gleichzeitig die Grundlage angibt, nach der dem englischen Kabinett zufolge die Verhandlungen über den Sicherheitspakt jetzt weitergehen sollen. Der belgische Außenminister Vandervelde hat Briand und Chamberlain freierweise eine ausführliche Note zugehen lassen, in der er den belgischen Standpunkt in derselben Frage auseinandersetzt.

Deutschland auf der Grenobler Verkehrsausstellung

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung“

Grenoble, 30. Juli

Die ausländischen Abteilungen der Internationalen Elektrizitäts- und Verkehrs-Ausstellung in Grenoble, darunter die deutsche Abteilung, sind heute feierlich eröffnet worden. Eigentlich sollte Briand im Namen der französischen Regierung diese Feier leiten. Der Minister des Äußern hat jedoch im letzten Augenblick mitgeteilt, daß es ihm wegen dringender Dienstgeschäfte unmöglich ist, Paris heute zu verlassen. Die Eröffnungsfeier wurde deshalb von dem Handelsminister Chaumet geleitet.

Die Eröffnung sollte vornehmlich mit dem italienischen Pavillon und der belgischen Pavillone im Zentrum stattfinden an verschiedenen Stellen aus — beginnen. Das Programm ist jedoch geändert worden, und es sollte der ausländischen Abteilungen wurde die deutsche Abteilung eröffnet. Deutschland und Amerika stellen mit Polen, Spanien, Norwegen und Jugoslawien im „Palais der Ausländischen Nationen“ aus. Spanien und Schweden dieser sechs Staaten schmücken die Fassaden des Baus. Es gibt darin auch eine schwierige Abtei-

lung, welche erst in den letzten Tagen von der Bremer Regierung offiziell anerkannt worden ist, weshalb die Schweiz unter den ausstellenden Staaten bisher nicht genannt war.

Die deutsche Abteilung besteht, wie schon früher ausführlich berichtet worden war, aus Bildern und Plänen der großen fiberrheinischen Kraftwerke. Das Schöne an ihr ist der Rahmen, die fiberrheinische Baumanlage, welche dem Vertreter Baumteiler R. Kramert vortrefflich gelungen ist.

Nach einem Besuch des schwedischen Pavillons, der im Mai bei der ersten Eröffnungsfeier als allein fertiger Teil der Ausstellung großen Erfolg hatte und auch heute wieder allgemeinen Beifall fand, begrüßt der sozialistische Abgeordnete M. Irt in seiner Eigenschaft als Bürgermeister von Grenoble die Gäste bei einem Ehrentrunk, bei dem der Handelsminister Chaumet zwischen dem deutschen Vertreter, Reichsminister Brügel und dem amerikanischen Geschäftsträger lag. Mithat gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß auch früher „Wagner“ Frankreichs zur Teilnahme an freiwirtschaftlichen Wettstreit nach Grenoble gekommen seien. Er bezeichnete als Hauptquelle des Mißtrauens in den internationalen Beziehungen die wechselseitige „Unkenntnis“ der Völker voneinander und betonte nachdrücklich, beßeres gegenseitiges Kennenlernen, welches die Voraussetzung ist für die erfolgreichsten „Einnäherungen der Völker“.

Das „Einnäherungsbüro“ der französischen, hat dann ein deutscher Film „Von der großen Salpêtre nach Schwabenbad“ vor „Boden“ feierlich aufgenommen wurde, fand im Ausstellungskorridor ein freies Platz, bei dem Handelsminister Chaumet in einer unpolitischen Rede die ausländischen Staaten begrüßte.

Diktatur der Mehrheit

Zolltarif im Hochsommer

Die in der Regierung vertretenen Parteien finden, daß die Beratung der Steuerfrage im Winter des Reichstages nicht genug fortgeschritten ist und so hat man gestern vor der Winterberatung — deren Beginn dadurch verzögert wurde — wieder einmal den Weltfrieden auf sich bemittelt. Das Ergebnis war, daß die Begehr für die allgemeine Ausdehnung bei zweien der noch ausstehenden Steuerfragen um je eine Stellehinweis verringert worden ist. Im übrigen blieb es bei der Vereinbarung, die am Dienstag getroffen worden ist: eine Stunde Begehr bei der allgemeinen Steuerfrage und zwei Stunden Begehr bei der Besprechung der Beratung ist die gestern im Reichstagsrat erfolgte Bescheidung, bei den einzelnen Steuerfragen eine Stelle von zusammengehörigen Bestimmungen zusammenzufassen, so daß die Spezialdebatten in Zukunft nur über Gruppen und nicht über einzelne Paragraphen werden geführt werden. Dadurch wird man immerhin Zeit sparen, was aber trotzdem damit rechnen müssen, daß die Beratung der noch zu erledigenden Steuerfrage — es ist noch ein gutes halbes Dutzend — bis etwa Mitte der nächsten Woche andauert. Es ist durchaus verständlich, daß die Abgeordneten den Wunsch haben, nach einer arbeitsreichen Tagung endlich in die Ferien zu gehen, bei den agrarischen Abgeordneten spricht auch

Verhärfung im englischen Bergbau

Nachrichtenblatt der „Vossischen Zeitung“

London, 30. Juli

Seite fand im Vordergrund des Interesses die Frage, ob es möglich sein würde, eine Verhandlungsbasis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Kohlenbergbau aufzubringen. Es werden heute wiederum getrennte Besprechungen der beiden Parteien mit Kabinett in Westminster stattfinden. So, zu einer letzten Nachmittagsstunde veranlaßt, doch Kabinett noch einmal die Bergwerksbesitzer zu einer neuen Besprechung heute abend einladen hat. Als die Bergwerksbesitzer das Arbeitsministerium verließen, erklärten sie, daß für die Verhandlungen absehbar seien. Die Bergarbeiter erklärten, daß sie weder eine Verlängerung der Arbeitszeit, noch eine Verabreichung der Höhe in Ermäßigung ablehnen würden. Nach einer Besprechung mit dem Kabinett erklärte Kabinett den Vertretern der Bergarbeiter, daß die Regierung nicht imstande sei, der Kohlenbergwerksbesitzer eine finanzielle Günstigkeit zu bewilligen. Der Sekretär der Bergarbeiter-Gesellschaft Coe bezeichnete diese Erklärung des Premierministers als eine Kriegserklärung an die Arbeiter.

Der Gewerkschaftssekretär der gleichzeitig in London tagt, hat heute einmütig beschlossen, daß alle Gewerkschaften, die an dem Transport oder der Verteilung von Kohle beteiligt sind, von Freitag Mitternacht an es ablehnen werden, irgendeine Kohlentransporte zu befördern oder Kohlen in den einzelnen Kohlenfeldern auszuladen. Der Transport und die Verteilung von Kohle für Hausbrandzwecke wird gleichfalls Sonabend mittig eingestellt werden.

Die heutige Nummer des Unterhaltungsblattes

Die heutige Nummer des

Unterhaltungsblattes

erschließt zum Beginn des

Deutschen Studententages

folgende Beiträge:

- Humoristik und Hochschule ... Kultusminister Dr. C. G. Becker
- Die Entwicklung der „Deut. Studentenvereine“ ... Werner Fißel
- Studentische Wirtschaftspolitik ... Dr. Heinrich Schaller
- Wissenschaftliche Berufung ... Dr. Julie Meyer

der Wunsch mit, während der Erntezeit dahin zu sein. Andererseits ist aber festzuhalten, daß sich in der Regierungsmehrheit nicht alle die Stimmen rufen, die sie während der Vorbereitungen der großen Oberkammer in den Vorparlamenten besungen haben.

Es ist kaum zu ermitteln, wie die Mehrheit über die Aufwertung, über die Steuern und über den Zolltarif, die zum Teil bereits verabschiedet sind, zum Teil noch auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen, zustande gekommen sind. Reichstagsrat Dr. Winter, der sich mit großer Energie für die Erzielung der Vorlagen noch vor den Sommerferien des Reichstages einsetzt, hat das Schweregewicht der parlamentarischen Arbeit am dem Reichstage in das Reichstagsparlament verlegt. Dorthin hat er eine Zeitung abgeben, die ebenfalls die Führer und die Sachverständigen der Regierungsmehrheit über den Reichstagsrat in den nächsten Sitzungen die wichtigsten Interessen und Aufstellungen von Kompromißmöglichkeiten gebracht, die unversäglich und unabänderlich bestehen sollen. Aufwertung, Steuern und Zolltarif haben in der Wilhelmstraße ihre endgültige Fassung erhalten. Was sich nachher in den Ausschüssen abspielte, konnte man dem Wesen nach kaum noch eine Beratung nennen. Die Kompromißarbeiten der Regierungsparteien lagen vor die Einzelberatungen der Opposition wurden nicht beendet, ihre Gegenstände wurden nicht fertiggestellt, es wurde nicht einmal der Versuch gemacht, sich mit der Opposition irgendwem zu verständigen, man wollte so wenig den Schein einer Beratung, daß die Mitglieder der Regierungsparteien sich nicht einmal an der Diskussion beteiligten.

Am die Stelle parlamentarischer Verhandlung trat das Diktat der Mehrheit.

Das gleiche Verfahren wie im Ausschusse haben die Mehrheitsparteien auch im Plenum geübt; auch dort wurde die Tribune fast ausschließlich den Oppositionsparteien überlassen; deren sachliche Darlegungen aber wurden nicht im geringsten beachtet. Der Reichstag wurde zur reinen Wahlrechtsmaschine, die zu vorher vereinbarten Regeln mechanisch funktionierte. Das ist die tiefste Erniedrigung des Abgeordnetentages, es wurde nicht einmal der Versuch gemacht, sich mit der Opposition irgendwem zu verständigen, man wollte so wenig den Schein einer Beratung, daß die Mitglieder der Regierungsparteien sich nicht einmal an der Diskussion beteiligten.

Gratlos aber wird es, wenn die Mehrheit aus ihrem Begehren nach dem Anspruch absteigt, die Opposition müsse von ihrem Rechte ablassen; denn dieser Verzicht ist ein Verzicht auf die Erfüllung der Aufgabe, die die Regierungsparteien sich doch auf das Kompro-